

Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 29. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 27

Graz, August 1927

I. Jahrgang

**Sacco und Banzetti den Hentern noch immer nicht entrißen.
Nur ein Aufschub!**

Lebendig begraben.

Daß ein Ziegenstall in dieser Gesellschaftsordnung in eine Proletariatwohnung umgewandelt werden kann, haben wir unseren Lesern schon einmal illustriert. Diesmal handelt es sich gleich um ein ehemaliges Stallgebäude, das heute die schandbare Bezeichnung „Wohnhaus“ trägt und mitten unter Bourgeoisvillen in Waltendorf

Franz-Ferdinandstraße Nr. 14

zu besichtigen ist. Der findige Besitzer, der sich auch daraus noch ein Kapital zu schlagen weiß, ist der Baumeister Striegler. Der Zustand in diesem Glendquartier ist unbeschreiblich. Das Mauerwerk fällt in großen Trümmern von den Wänden, so daß die nackten Ziegelsteine die imposanteste Deckendekoration, die wir je gesehen haben, bilden. Ein Photograph könnte vielleicht, wenn ihm ein Blitzlicht für Sekunden die dunklen Gemölbe beleuchten würde, ein getreues Bild dieser Proletariatwohnungen geben. Doch den Pesthauch, der den schimmeligen, nassen verfallenden und lebensgefährlichen Mauerwerk entströmt, der die Luft mit Milliarden Krankheitskeime schwängert, der die Lungen zerfrisst und den Kindern in der Wiege den Stempel des Siechtums aufdrückt, der die Gesundheit der Kinder bis ans Mark zernagt und sie zu rachitischen Krüppeln macht, diesen Pesthauch, der nur noch in Grabeslöchern, wo Verwesung und Zerfaulnis herrscht, anzutreffen ist, kann auch das beste Bild nicht wiedergeben. Die Frauen müssen dort mit Bügeleisen in den Kästen herumfahren, um sie für einige Tage trocken zu legen. Die Möbel können nur weit entfernt von den Wänden aufgestellt werden, da sonst das Wasser von den Wänden über die Möbel rinnt. So wohnen Proletarier. Von ihnen muß man sagen: „Sie sind lebendig begraben.“

Die Holzlage als Lagerstatt eines 75 jährigen.

Die demokratische Republik hat dieses Haus mit den umliegenden Villen aber zu etwas ganz besonderen, nämlich zu ihrem Spiegelbild anerkoren.

In einer Holzlage, die 1.90 m lang und 90 cm breit ist, liegt neben diesen Glendquartieren ein 75 jähriger Mann, der mindestens 50 Jahre hindurch produktive Arbeit geleistet hat.

Am bloßen Erdboden liegt dieser Arbeitsinvalid. Der Staat, das Land und die Gemeinde

haben für ihn kein Geld. Einige behaupten, er hätte eine Wohnung. Das stimmt und auch nicht. Er hat sie nämlich aus Not in Untermiete abgegeben und zwei Parteien haben in einem Loch, wo sich ein Bourgeois entrißen würde, darinnen auch nur begraben zu werden, für die Dauer keinen Platz. Und so ist er ausgewandert in die Holzhütte zwischen zwei Hausfällen.

Villen ringsherum

mit einer Flucht von Zimmern — für Bourgeoisfamilien und das Glendquartier in der Franz-Ferdinands-Straße — und dazu der 75 jährige Alte am Erdboden in der Holzlage: welches Bild könnte besser die demokratische Republik illustrieren?

Die Klassenprivilegien der Bourgeoisie bestehen noch. Die Front der Besitzenden und Besitzlosen steht

aufrecht trotz der demokratischen Republik. Keine Ruhe wird es geben, bevor den Besitzenden ihr widerrechtlich erworbenes Gut, für das die Besitzlosen darben und hungern müssen, nicht entrißen ist.

Eine Frage noch!

Es existiert ein Sanitätsreferent bei der Landesregierung und das ist der Landesrat Nachold. Was sagt er zu solchen Glendquartieren? Was sagen die sozialdemokratischen Gemeinderäte von Waltendorf?

Kurz vor Redaktionsschluss erzählten wir, daß der Baumeister Striegler, der Ausmieter dieser Glendquartiere, wegen der Befestigung, die wir in diesen Glendhöhlen abhielten, und für die er eine Miete von 5 bis 7 Schillinge verlangt, einen Wutanfall erlitt und beim Gendarmen-Kommando gegen uns die Anzeige erstatten wollte. Solches kann uns nicht abhalten auch weiterhin unsere Aufmerksamkeit solchen schandbaren Zuständen zuzuwenden.

Was niemand für möglich gehalten hätte.

Die ungeheuren Gehälter, welche die Krankenschwestern des Landeskrankenhauses für ihre „Varmherzigkeit“ verlangen und aus den Steuergeldern des Landes auch bezahlt erhalten, haben wir im „Mahnruf“ der Öffentlichkeit bereits bekanntgegeben. Damals haben viele den Kopf geschüttelt, denn niemand hat sich's träumen lassen, daß das Land außer Quartier und Verpflegung und dieser Kleidung für eine Nonne 80 Schilling monatlich bezahlt. Wir sind nun gezwungen, eine Richtigstellung zu machen. Die Nonnen bekommen pro Kopf im Monat

85 Schilling

und dazu noch die erwähnte Verpflegung, das Quartier und diverse Wäsche.

Was glaubt ihr, daß nun die Wärter, die einen bedeutend schwereren Dienst haben, monatlich beziehen dementsprechend mehr? Nein!

Weniger!

Ein Hausdiener oder Wärter erhält einen monatlichen Anfangslohn von

44 Schilling 50 Groschen,

einer, der bereits 8 Jahre den Dienst verfehlt.

63 Schilling 70 Groschen.

Dabei ist ihre Verpflegung schlechter als die der Schwestern, sie ist einfach, unterm Hund. Darüber wird die Öffentlichkeit der Bediensteten in ein neuerliches Kopfschütteln ausbrechen können. Ja es ist einfach eine niederträchtige Injämie, wie aus Steuergeldern die schwarze Brut gemästet wird und die Wärter und Aufseher bei der schweren und gesundheitsschädlichen Arbeit, die sie zu verrichten haben, um den gerechten Lohn betrogen werden. Das ist aber noch lange nicht alles. Wir werden noch größere Schweinereien aus dieser schwarzen Hockburg ans Tageslicht bringen. Diesmal mangelt es an Raum.

Sacco und Banzetti.

Der Solidaritätssturm hat Sacco und Banzetti 40 Minuten vor der Hinrichtung dem Scharfrichter entrißen. Die Hinrichtung ist aber nur aufgeschoben und zwar auf den 22. August. Die Protestaktionen

werden fortgesetzt, bis die beiden den Hentern entrißen sind. In der nächsten Nummer wird das ungeheure Verbrechen, das an beiden begangen wurde, in einer ausführlichen Darstellung behandelt.

Die Kämpfe gegen die Arbeitslosigkeit?

Was die Arbeitslosigkeit in Österreich kosten?

Von Josef Feib.

Der kapitalistische Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

2. Fortsetzung.

Da die Arbeitslosigkeit nicht nur Folge, sondern zugleich Hauptwaffe der Bourgeoisie ist in ihrer wirtschaftlichen Sanierungsoffenheit, so sind alle sogenannten Versuche der Kapitalistenklasse, die Arbeitslosigkeit zu verringern, Augenwischerei.

Bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge liegt das Klar zu Tage. Im Mai z. B. wurden auf diese Weise in ganz Österreich nur 494 Arbeitslose vermittelt, in der Hauptsache für vorübergehende Arbeit. Die im besten Falle paar tausend Arbeitslose, denen so Arbeit verschafft wurde, sind fast alle längst schon wieder ohne Arbeit.

Die staatliche Förderung des Exportes nach Sommerurlaub ist so geringfügig, daß sie praktisch nicht ins Gewicht fällt.

Seit einiger Zeit verdichten sich die Gerüchte, die Bourgeoisie plane, sowie der Zentralisations-, Konzentrations- und Rationalisierungsprozess einen vorläufigen Abschluß erreicht hat, sich den Weg zu großen Inoffensiven durch eine (Auslands- oder Inland)

Anleihe

zu öffnen. Sicher trägt sich die österreichische Kapitalistenklasse mit solchen Plänen. Eine große Anleihe gäbe die Möglichkeit zu einem Ausbentungs- und Profitsturz in großem Stile. Um die Arbeiterschaft als Vorwand dafür zu gewinnen, läßt die Bourgeoisie die Anleihelampagne vom Stapel unter der Losung „Für Arbeit und Brot!“

Sehr wahrscheinlich wird die Bourgeoisie die Anleihe dazu benützen wollen, gleich beim ersten Schritt hundertmal so viel zu nehmen als sie gibt, z. B. den Hinterzins, was allein schon die Arbeitslosigkeit bedeutend steigern würde. Aber davon abgesehen: das Anleihkapital muß in jährlichen Raten zurückgezahlt und außerdem müssen Jahr für Jahr die hohen Zinsen samt Nebengebühren (von sonstigen Nebenbedingungen abgesehen) entrichtet werden.

Wer soll das zahlen?

Nun der Staat aus seinen Einnahmen (Steuern, Zöllen, Tarifen, Monopolpreisen, Gebühren usw.). Da diese Lasten die Proletarier tragen — das bisher, was der Staat von den Kapitalisten wegsteuert, gibt er ihnen in Form aller möglichen Geschenke mindestens dreifach wieder zurück — so würden die Anleihe zurückzahlen und verzinsen müssen

die Proletarier!

Wenn z. B. der Staat eine Anleihe von 60 Millionen Dollar aufnehmen wird, rückzahlbar in 30 Jahren mit zehnprozentiger Verzinsung (die Nebenbedingungen eingerechnet), so wird der Staat diese Anleihe verzinsen und tilgen, indem er durch 30 Jahre hindurch dem Proletariat jährlich 500 Milliarden mittels Steuern usw. abknöpfen wird.

Der kapitalistische Anleiheplan läuft also darauf hinaus:

1. den Kapitalisten die Gelegenheit zu geben, noch größere Profite einzubeißen als bisher,
2. einem Teil der Arbeitslosen für eine gewisse Zeit das Vergnügen zu gewähren, zur Steigerung der Profite der Kapitalisten beitragen zu dürfen, versteht sich zu schätzigsten Schandlöhnen und niederträchtigsten Arbeitsbedingungen und —
3. diejen ganzen (für die Kapitalisten wirklich vernünftig ergiebigen) Spieß soll die Gesamtarbeiterschaft zahlen (alle Arbeitslosen eingerechnet).

Einem Teil der Arbeitslosen soll für eine gewisse Zeit Arbeit gegeben werden, die hierzu nötigen Mittel sollen aus der Gesamtarbeiterschaft herausgepreßt werden, es soll das reale Einkommen der Gesamtarbeiterschaft (Lohn, Gehalt, Arbeitslosenunterstützung) heruntergedrückt werden (nach dem obigen Beispiel

um 500 Milliarden jährlich durch 30 Jahre) und selbst all das unter der grundlegenden Bedingung, daß dabei Miesenprofite für die Kapitalisten sicher sind

Sollen wir die Anleihe ablehnen? Keineswegs. Anleihe: gut. Aber

Anleihe auf Kosten der Kapitalisten!

Tilgung und Verzinsung der Anleihe (die Nebenbedingungen eingerechnet) ausschließlich aus solchen Steuern usw. die lediglich die Kapitalisten treffen und

Verwendung der Anleihe unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte!

Auf dieser Linie muß sich in der Anleihefrage der proletarische Kampf bewegen. Nur so weit dieser Kampf Erfolg hat, wird die Arbeitslosigkeit, freilich nur für gewisse Zeit, wirklich gemildert werden.

(Fortsetzung folgt.)

Nicht den Schutzbund verlassen!

Eine tiefe Unmutswelle geht durch die Reihen des republikanischen Schutzbundes, nachdem sich die sozialdem. Führerschaft kampflös unter das Joch des christlichsozialen Landeshauptmannes begeben hat, indem sie dem Aufmarschverbot zum Weltkrieg gar keinen Widerstand entgegensetzte. Viele Arbeiter sind darüber so entrüstet, daß sie die Konsequenz ziehen wollen, aus dem Schutzbund auszutreten. Das wäre ganz falsch. Noch dazu jetzt, wo die Organisationen der Heimwehren und der Frontkämpfer zur offenen Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft rufen.

Auch die Gewerkschaften haben in den entscheidenden Fragen versagt und versagen darin noch heute. Die Konsequenz, die daraus viele Arbeiter gezogen haben, nämlich aus den Gewerkschaften auszutreten, war und ist falsch. Nicht die Gewerkschaften sind schuld, sondern die Gewerkschaftsaktive und die Gewerkschaftsführung, und sie sind schuldig, weil sie die Gewerkschaften einstellen auf die Grundlage der sozialdemokratischen, kleinbürgerlichen, also nicht-proletarischen Politik. Darum ist die richtige, die kommunistische Lösung: In den Gewerkschaften bleiben, alle Arbeiter und Angestellten hinein in die Gewerkschaften und ihre Taktik, ihre Führung stellen auf die Grundlage proletarischer, das ist revolutionärer Politik.

Ähnlich ist das mit dem Schutzbund. Nicht heraus, sondern hinein in den Schutzbund! Der Schutzbund, der eine verhältnismäßig kleine Organisation ist, muß rasch ausgebaut werden zu einer Massenorganisation, die alle Klassenbewußten, wehrhaften Proletarier umfaßt, ohne Unterschied der Partei! (Denkt bei dieser Gelegenheit an die Genossen Koch und Absenger, die von der Schutzbundleitung als Kommunisten der Opposition aus euren Reihen hinausgedrängt wurden und auf die Wiederaufnahme harren!) Hinein in den Schutzbund und erfüllt ihn mit wirklichem Kampfesgeist! Weg mit dem Veteranengeist! Und Wehrhaftmachung des Schutzbundes mit allen Mitteln!

„Wien und die Länder“ in besserer Beleuchtung.

Kurz vor dem bedingungslosen Kampfabbruch, der dem blutigen Freitag folgte, und auch nachher wurde von sozialdemokratischer Seite wiederholt in den schaurigsten Farben die Heimwehrschar an die Wand gemalt. So schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Artikel: „Wien und die Länder“:

„Als die Polizei in den Straßen Wiens schon riefen tausende Arbeiter nach Waffen. Waffen, um die Regierung zu stürzen, um ihre Organe zu bewaffnen, um die Herrschaft des Proletariats aufzurichten. Sie vergaßen dabei nur eines: sie vergaßen die Länder. An dem Tage, an dem wir in Wien die schwarze Regierung gestürzt, unsere Re-

gierung eingeseht hätten, wäre in den Ländern der Arbeiterschaft niedergeworfen und massakriert, eine Gegenregierung eingesetzt worden.“

Diese Zeilen der „Arbeiter-Zeitung“ stellen, nebenbei bemerkt, wieder einen schlauren Versuch dar, der Arbeiterschaft das Stappenziel, das nach dem blutigen Freitag erklämpft werden sollte — **Sturz Seipels und Schober** — durch das Gerede von der Diktatur des Proletariats zu verschleiern. Aber abgesehen davon, der Schreiber dieser Zeilen will vor allem der Arbeiterschaft einreden, daß die Parteiführung mit dem Kampfabschluß gut und weise gehandelt hat, denn sonst wären die Arbeiter in den Ländern massakriert worden. Wir haben diese Art der Argumentation, populär gesprochen, als **Bauwan** bezeichnet.

In eingehender und ausführlicher Weise wird unser Standpunkt, dem Sinne nach von einem Sozialdemokraten Genossen **Dr. Stammer** (Graz) in der „Leipziger Volks-Zeitung“ (teilweise wiedergegeben in der „Internationalen Presse-Korrespondenz“) vertreten.

Wir geben hiermit seine Auffassung, von der wir sagen, daß sie das Verhältnis Wien und die Länder in besserer Beleuchtung aufzeigt als die „Arbeiter-Zeitung“ aus der „Leipziger Volks-Zeitung“ wieder. Die Redaktion.

„Für den Durchschnittsdeutschen besteht Österreich aus Wien und Tirol. Wien — das ist der Donauwalzer, das ist der Feurige, das ist das goldige Herz und der „Samur“ und natürlich das 1. u. 2. Infanterieregiment. Tirol — das ist alles, was nicht Wien und doch Österreich ist. Wenn also Wien rot ist, so ist es für diese Menschengattung ein Verdienst der schon von Andreas Hofer her weltbekannten Tiroler Bauern, daß Österreich trotzdem eine bürgerliche Bundesregierung hat, die zur Not auf Arbeiter schießen läßt und die eben kraft des heidnischen Einflusses der bäuerlichen Selbstschützformationen einem sozialdemokratischen Aufbruch in der Bundeshauptstadt den Sarau machen kann.

Jedem aber, der mit der Kompliziertheit der provinziellen Politik, mit der Vielgestaltigkeit der Klassenverhältnisse in den Bundesländern dieses kleinen lebensunfähigen Staates vertraut ist, sagt diese Auffassung ungefähr daselbe, was da neulich ein Reisebericht Viktor Kuburins im „Berliner Tageblatt“ verzapfte, der sich nicht genug darüber wundern konnte, daß er in Steiermark keine Berge und Almhütten gesehen hatte. (Der gute Mann war nämlich im Auto von Graz nach der jugoslawischen Grenze gefahren.)

Österreichs Provinz — das sind die Bundesländer Ober- und Niederösterreich, die neben ausgedehnten agrarischen (in Niederösterreich großagrarischen) Gebieten eine starke Industrie, vor allem im Wiener-Neufelder Bezirk und im Innviertel haben. Das ist die Steiermark mit einer Bevölkerung, größer als Wien, mit agrarischen Wirtschaftsformen der mannigfaltigsten Art, mit einer traditionellen und kraftbewußten Industriearbeiterschaft im Grazer und im oberösterreichischen Industriegebiet, mit einer reaktionären Bourgeoisie in der Landeshauptstadt Graz. Das ist Kärnten mit seiner unter überwiegend agrarischen Einfluß nationaler, Polgen zahlreicher ständehaltenden Arbeiterschaft in dem Gebirgsstämmern. Das ist Salzburg mit seinen fast restlos organisierten proletarischen und halbproletarischen Bevölkerungsschichten, die dem katholisch-bäuerlichen Einfluß ein Gegengewicht bieten. Das ist das Burgenland mit einer bäuerlich-handwerklichen Bevölkerung, die unter dem magyaromischen Druck mehr und mehr ins Lager des Proletariats absehrenkt. Das sind schließlich die allerdings vorwiegend städtisch-bäuerlich beeinflussten Länder Tirol und Vorarlberg, deren politische Bedeutung immer überschätzt wird, haben sie doch zusammen gerade eine so große Bevölkerung wie ein Bezirk der Stadt Wien.

Das Hinterland des roten Wien mit seinen mehr als vier Millionen Menschen ist also keineswegs das Zentrum bäuerlich-kerikaler Reaktion, als das es vom reichsdeutschen Bürgertum so gerne angesehen wird. Es ist im Gegenteil ein Gebiet mit scharf abgegrenzter Klassenschichtung, ein Gebiet, das ungemein harte Klassenkämpfe durchlitten, ein Gebiet stärkerer Verlehnung der proletarischen Massen als in Wien, mit einem kulturell und politisch rückständigen Bauerntum, in dem die nationalistische und katholigistische Enghirzigkeit des Bürgertums seine reaktionären Kampfstruppen gefunden hat.

Hierzulande lachen die Arbeiter, wenn ihnen vorgehalten wird, 20.000 Heimwehler in Steiermark und Kärnten, Tausende von Steidle-Gardisten in Tirol hätten den sozialdemokratischen Parteivorstand in Wien zum Nachgeben gezwungen. Die reaktionären Blätter, die jetzt Morgenluft wittern, erfinden diese Nachrichten, um das rückgratlose Bürgertum in Österreich zum Ausbau seiner faschistischen Formationen aufzuspitzen, die insgesamt bei der jetzigen Mobilisation in Steiermark kaum mehr als 2000 Mann fast durchwegs besoffener Bauern aufweisen konnten.

Davon ist jeder österreichische Sozialdemokrat überzeugt: Im Ernstfall — d. h. in einer wirklich revolutionären Situation — wäre der Heimwehrspul in der österreichischen Provinz bald zu Ende gewesen . . .

Mit diesem Artikel hat der Sozialdemokrat Dr. Stammer wesentlich oder unwissentlich die feige Ausrede seiner Führer auf die Heimwehrgesellschaft widerlegt.

„Unsere“ Republik!

Die Bedeutung des 15. Juli.

(Von Karl Daniel, Wien.)

„Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen. Findet sie sich mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, solange sie die Republik zu beherrschen vermag, so wird sie versucht sein, die demokratische Republik zu stützen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen droht oder schon übertragen haben wird. Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die andern bewaffneten Körper des Staates auch dann die Republik schützen werden, wenn die Macht in der Republik durch die Entscheidung des allgemeinen Stimmrechtes in die Hand der Arbeiterklasse fällt, nur dann wird es die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen.“ (Aus dem Linzer Parteiprogramm des S. P.)

Die Ereignisse des 15. und 16. Juli und was ihnen folgte werfen neuerlich die gesamte Theorie des Austromarxismus über den Staat und seine Bedeutung auf.

Nach unseren Lehrmeistern Marx und Engels ist der Staat „ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; es ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist“. Damit aber diese Gegensätze Klassen sind und wiederstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosen Kampf verzeihen, ist eine Scheinbar über die Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangen, aber sich über sie stellende, sich ihr immer mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat“.

(Aus „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“.)

Daraus geht klar hervor: 1. Daß der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, 2. daß der Staat, der aus den unversöhn-

lichen Widersprüchen der Gesellschaft hervorgegangen ist, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere ist, zur Schaffung von „Ruhe und Ordnung“ dient, und diese Unterdrückung zum Gesetz erhebt, 3. daß der Staat das Organ eines bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Gegner nicht veröhnt werden kann, daher auch der aus diesen Gegensatz hervorgegangene Staat niemals das Organ der Unterdrückten Klasse zu ihrer Befreiung werden kann.

Der Staat kennzeichnet sich durch „die Einrichtung der öffentlichen Gewalt“ (von Engels), welche die Bureautatie, Militär, Polizei, Justiz, Unrecht usw. umfaßt.

Daraus geht hervor, daß öffentliche Gewalt nichts anderes ist, als die mit der Autorität des Staates ausgestattete Macht der herrschenden Klasse, da die selbständige Ausübung der Gewalt durch die gesamte Bevölkerung seit der Spaltung in Klassen unmöglich geworden ist.

Die öffentliche Macht verstärkt sich in dem Maße, als sich die Klassengegensätze aufspitzen. An diesen grundlegenden Gedanken des Marxismus und der historischen Rolle des Staates ändert auch die Staatsform nichts. Ob Monarchie oder Republik. Die demokratische Republik ist im Gegensatz zu anderen Staatsformen die beste Hülle zur Verbedung der Herrschaft des Kapitals. Niemals kann das Proletariat „durch die Entscheidung des allgemeinen Stimmrechtes“ die Republik erobern oder die Bourgeoisie vor einem Staatsstreich gegen die demokratische Republik abhalten.

Die bürgerliche Republik, das ist der bürgerliche Staat, das Klassen-Instrument der Bourgeoisie zur Behauptung seiner Herrschaft über das Proletariat. Dieser Staat läßt sich eben so wenig erobern wie die römisch-katholische Kirche.

Dieser Staat ist der gefährlichste Gegner des Proletariats; will das Proletariat siegen, so muß es als oberstes Kampfziel die Zerkümmern des bürgerlichen Staates setzen. Das ist die Grundbedingung für den Sieg des Proletariats. Die politische Macht kann das Proletariat nur durch seinen Staat, der sich auf die Klassenorgane des Proletariats stützt, ausüben. (März-Republik).

Wie steht es aber mit der Demokratie in bürgerlichen Staate, in der Republik?

Das sozialdemokratische Programm spricht von einer „ihr (der Bourgeoisie) aufgezwungenen demokratischen Republik.“ Hier liegt der Hund begraben. Das Jahr 1918 lag nicht mehr im Zeitalter der großen bürgerlichen Revolutionen. 1918, daß war das große soziale Sprungbrett der proletarischen Revolution. Derjenige aber, der 1918 der Bourgeoisie die „demokratische Republik“ aufzwang, der mußte und hat die proletarische Revolution, die proletarische Republik verleugnet, verraten und bekämpft. Der hat die reaktionäre Bourgeoisie von 1918 vor dem Untergang gerettet, das Proletariat um seine Früchte betrogen.

Wie steht es nun mit dem „Aufwachen der demokratischen Republik“?

Nicht einmal die grundlegenden Forderungen der bürgerlichen Revolutionen des vorigen Jahrhunderts wurden 1918 erfüllt. Wo blieb die Trennung der Kirche vom Staat, die Enteignung der Kirchengüter, die Entfernung aller Monarchisten aus dem Staatsapparat, Demokratisierung der Verwaltung und Verteilung aller Machthaber des monarchistischen Regimes?

In der großen bürgerlichen Revolution Frankreichs wäre jeder verantwortliche Führer, der diese elementaren Forderungen im Stiche gelassen hätte, auf Schafot gewandert. Die kleinbürgerlichen Sozialisten des 20. Jahrhunderts zwiegen der Bourgeoisie maßvoll, schmerzvoll und jagend die „demokratische Republik“ auf, für die die deutsche Bourgeoisie im vorigen Jahrhundert zu feige war, zu kämpfen, da sie das seinen Tripud fordernde Proletariat fürchtete.

Undank ist der Welt Lohn! 1926; die kleinbürgerlichen Sozialisten sprechen nicht mehr von

Sozialisierung, von „in den Sozialismus hineinmachen“; sie klagen über die böse Bourgeoisie.

„So wird sie verflucht sein, die demokratische Republik zu stützen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen droht oder schon übertragen haben wird.“

Ein eigentümliches Ding diese demokratische Republik. Ueingegeben fragen sie: wird die Republik von den „bolshewistischen“ Stimmzetteln oder von der konterrevolutionären Bourgeoisie bedroht? Aber wer soll die demokratische Republik verteidigen? Darauf gibt das kleinbürgerliche Parteiprogramm eine seltsame Antwort: „Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die anderen bewaffneten Körper des Staates auch die Republik schützen werden . . . nur dann wird es die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen . . .“

Karl Marx und Friedrich Engels lehren uns, daß die öffentliche Gewalt, Heer, Polizei, Justiz usw. Organe des Klassenstaates sind, die zur Unterdrückung des Proletariats dienen. Aber auch die Jahrzehnte lange Erfahrung beweist die Richtigkeit der marxistischen Lehre über den Staat. Der 15. Juli hat diese Lehre mit 100 Proletariatsleichen und 1500 Verwundeten neuerlich bestätigt.

Und von diesen, der Bourgeoisie ergebenen Organen des bürgerlichen Klassenstaates, der bürgerlichen Republik soll das Proletariat Hilfe erwarten im Falle einer konterrevolutionären Erhebung der Bourgeoisie? Ebenso wie man den Kopf vom Rumpf nicht trennen kann, kann man den bürgerlichen Staat und seine Organe von der Bourgeoisie nicht trennen.

It es war, daß die Bourgeoisie deshalb, weil das „allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen droht“, den Kurs auf Staatsstreich einstellt? Wenn das richtig ist, und nach der Auffassung des Parteiprogrammes, soll das richtig sein, hätte das Proletariat Österreich in der gegenwärtigen internationalen Lage gar kein Interesse an einem Wahlsieg, um die Bourgeoisie ja zum „Staatsstreich zu treiben?“ Wir sehen welch haarspalterischen Unfimm das sozialdemokratische Programm verzapft.

Der tiefe Grund des reaktionären Kurzes der Bourgeoisie, der die Liquidierung selbst der bürgerlichen Demokratie und die Aufrichtung der offenen Diktatur der Bourgeoisie zum Ziele hat, liegt im Zwange des totkranken Kapitalismus. Unfähig den Produktionsapparat in Ordnung zu bringen, unfähig die gigantischen sozialen Fragen zu lösen, ständig bedroht vom Proletariat, das unter den Lappen der kapitalistischen Sanierung und Nationalisierung leidet, sieht die Bourgeoisie nur einen Ausweg: völlige Niederwerfung des Proletariats, Etablierung der schwärzesten Reaktion und des weißen Terror. Fieberhaft rüftet die Bourgeoisie. Der Staatsapparat wird von demokratischen Elementen geäubert, die Gewehre und Frontkämpfer bewaffnet, die Klassenjustiz zum äußersten gesteigert. Es gibt nur eine Macht, die den Staatsstreich der Bourgeoisie niederwerfen, ja selbst die speziellen demokratischen Forderungen der Republik verteidigen kann: das ist der proletarische revolutionäre Klassenkampf.

Bis zum 15. Juli war die österreichische Demokratie gekennzeichnet durch die Eigentümlichkeit ihrer Geburt. Sie war das Geschenk des Proletariats an die Bourgeoisie. 1918 opierte das österreichische Proletariat unter Führung der Sozialdemokratie seine Republik, die proletarische Demokratie vom Märkstaat der Bourgeoisie, der bürgerlichen Republik. Die Herrschaft der Bourgeoisie war in vieler Hinsicht vom Willen der Sozialdemokratie, der Vertreterin des österreichischen Proletariats, bedingt. Systematisch änderte die Bourgeoisie das Verhältnis der Klassenkräfte zu ihrem Gunsten. Im wachsenden Maße gelang es der Bourgeoisie die reale Klassenkraft des Proletariats

zu dämmen, zu umgehen und zu vertreiben: wogu die Kleinbürgerliche Politik der Sozialdemokratie, die prinzipielle Zustimmung der S. R. zum Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Belegenheit gab.

(Fortsetzung folgt)

Mus dem Arbeiterleben.

Hatzen und Flitschen.

Der Mensch ist das Produkt seiner Umgebung und die Umgangsformen der Frau Pigitsch, Gasthofsbesitzerin „Zum roten Kreuz“ am Ortsplatz, sind das Produkt ihrer Umgebung, die aus Schnalzern, das sind Herdeschreier, aichwinde Agenten und Schnellverschneider (Leute, die schnell eine Uhr oder sonst etwas wegbringen wollen), besteht. Von ihrem Mann, der vom Hausrecht, was Manieren anbelangt, nicht zu unterscheiden ist, muß daselbe gesagt werden. Das geht uns aber eigentlich nichts an und wir würden uns mit diesem Gastwirtsparl vom Ortsplatz gar nie beschäftigt haben, wenn Frau Pigitsch ihre weiblichen Angestellten nicht außerordentlich gemein behandeln würde. Im Verkehr zu diesen kann man nichts anderes als Hatzen und Flitschen zu hören bekommen. Pigitsch erdreiste sich sogar Ausdrücke wie Mißgestalt und dergleichen niederträchtige Schimpfwörter mehr. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß einzig und allein die Hunde in der Familie Pigitsch eine Bildung aufweisen. Nicht umsonst hat deshalb einmal ein Gast gesagt: „Von den Viechern kann sich der Pigitsch no was abpauken!“

Schalter 2, Postgasse.

Die Schalterbeamtin dieses Schalters könnte den Arbeitslosen gegenüber mehr soziales Empfinden entgegenbringen, als sie dies bisher getan hat. Wir greifen einen Fall heraus: Eine Mutter von vier unversorgten Kindern bekam eine Arbeit als Wäscherin auf den Semmering hinaus zugewiesen. Das war vormittags und nachmittags um 3 Uhr sollte sie schon zur Bahn und abfahren. Eine Zumutung, die nur einer Gedankenlosigkeit oder Böswilligkeit entspringen kann. Die Mutter der vier unversorgten Kinder machte gegen diese Zuweisung ganz bescheiden eine Einwendung und die Schalterbeamtin degredierte 8 Wochen Unterstützungsentzug wegen Arbeitsverweigerung. Wegen dieser Ungerechtigkeiten stellen wir den Wortlaut des § 6, Absatz 4:

Der Arbeitslose ist verpflichtet, eine ihm außerhalb seines bisherigen Arbeits- oder Aufenthaltsortes zugewiesene entsprechende Beschäftigung anzunehmen, sofern in seinem künftigen Arbeitsorte eine entsprechende Unterkunft möglich ist und die Versorgung der Familienmitglieder, zu deren Erhaltung er verpflichtet ist, durch die Annahme der Arbeit nicht gefährdet wird.

Das Fräulein, bzw. durch die neue Verordnung als „Frau“ anzusprechen vom Schalter 2, möge mehr Interesse an den Tag legen, das A. D. G. durchzustudieren, was ihr höchstens empfohlen wird.

Die bissigen Hunde des bissigen Gasthausbesizers Herr.

Herr des Gasthausbesizers Herr, „Steinfelderbierhalle, der heute hoch zu Ross den Grande Seigneur nimmt, hatten einen Arbeiter angefallen und gebissen. Nicht umsonst sagt das Sprichwort: „Wie der Herr, so der Knecht“. Der Verletzte begab sich zur Rettungsabteilung und zur Polizei. Revier-Inspektor Wallt war aus guter Freundschaft zum Gasthausbesizer Herr allerdings der Meinung, „daß man wegen so einen Tred keine Anzeige machen braucht“. Die Anzeige

Wir ersuchen Bezugsgebühr mit beigelegten Erlagscheinen rasch einzubehalten, da wir finanziell große Schwierigkeiten haben

wurde aber trotzdem erstattet und Herr, der davon Kenntnis erhielt und nicht gebissen worden war, bekam einen Tobichteanfall. Er suchte die Wohnung des Arbeiters auf und brüllte: „Wo ist der Ganner, der schädige Hund, der mich anzeigen will, wenn ich ihn erwisch, erschlag ich ihn“. Kurz darauf wurde eine Frau von einem seiner Räder gebissen. Trotz der Anzeige, die auch in diesem Fall erfolgte, haben sich die Hunde sowie der Herr die Bissigkeit nicht abgemöhnt.

Ereignisse der Woche

20.000 Arbeiter demonstrieren im preussischen Kohlenindustriecorridor Saarbrücken wegen Verelendung und Hunger, dem sie infolge zahlreicher Feiertagen ausgesetzt sind. Genau so wie bei uns, beantwortete man die Forderungen der Arbeiter mit blanken Polizeifädeln.

Dankensgütern ist kein Verbrechen zu schuldig. So verwütheten sie, um ihr unverschämtes Deutschtum zu adeln, in Köln in vandalischer Weise den jüdischen Friedhof.

Bulgarische Polizeimethoden werden auch in Belgrad angewendet. Der Mediziner Radomir Bujovic wurde unter dem Verdachte, ein Kommunist zu sein, verhaftet. Als seine Frau, die von der Verhaftung erfuhr, sich mit Schwären im Polizeigefängnis einfand, wurde ihr bedeutet, ein Gefangener V. befinde sich hier nicht. Die Frau verlangte nun vom Leiter der politischen Polizei Aufklärung über den Verbleib ihres Mannes. Dieser sagte nun, Bujovic sei zwar verhaftet worden, unterwegs aber entflohen. Als die Frau dieses bestritt und von der Polizei Rechenschaft verlangte, wurde auch sie verhaftet. Bei der Abführung in das Gefängnis hörte sie aus einer Zelle das Stöhnen eines von Schmerzen gemarterten Menschen und erkannte die Stimme als die ihres Mannes. Die hochschwangere Frau wurde am nächsten Tag aus Belgrad ausgewiesen; von ihrem Manne aber fehlt jede Nachricht. Ob ihn die Polizeibestie zu Tode gemurrt hat?

Von der Polizei bis zur Unkenntlichkeit geschlagen wurde in Wien auf einer Waghube in der Brigittenau ein Arbeiter der Floridsborfer Hammerbrotwerke. Unter der Arbeiterschaft des Betriebes herrschte darüber so große Erregung, daß die Stilllegung des Betriebes zu befürchten war. Auf Intervention beim Bundeskanzler Seipel antwortete dieser, „daß es selbstverständlich nicht zugelassen werden könne, daß Verhaftete auf der Polizei mißhandelt werden“.

Jetzt werden sie noch mißbraucht, die von der Reaktion gemuehten Opfer. Der christliche Caritasverein bemüht die Zuliegefallenen zu einer Selbstsammung für die Heranbildung von Geistlichen. Er wendet sich in einem Aufrufe an die Bevölkerung, „diese möge angesichts einer bis zum Wahnsinn verhegten, verführten, fanatisierten Volksmasse das Liebesgebot nur nicht vergessen“. Unter „Liebesgebot“ wird die Beileidigung der „Priesternot“ verstanden, die Züchtung von Dienern der Kirche nach dem Muster Seipels.

Unstetlich findet der Landeshauptmann von Boraclberg, Dr. Ender, eine Schwimmerin in Badertrio. Aus diesem Grunde durften die Filme nicht die Aufnahme der amerikanischen Schwimmerin Miß Werle, die den Armellanal durchquerie, bringen.

Abonniert und werbet für den „Arbeiter“!

Auch die „Abenteurer des braven Soldaten Schwejtz“ wurden von seiner Zenitur gestrichen. Sie verhöhnen doch eine „atorreiche Zeit“. An die Aufführung der gewaltigen Aufführung wie „Potemkin“, „Der blutige Sonntag“ usw. ist gar nicht zu denken. Die Landesregierung will nun auch verbieten, daß Filme, die von der Aufführung ausgeschlossen sind, in der Presse beschrieben werden.

Die Werktätigen der ganzen Welt protestieren gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis, der zwei von der amerikanischen Klassenjustiz unschuldig zum Tod Verurteilten. In vielen Städten kam es bei Demonstrationen zu blutigen Zusammenstößen. In Boston versuchten 10.000 Arbeiter während einer Kundgebung das Staatsgefängnis zu stürmen. In Washington und Newyork haben Hausbesitzer Drohbrieve erhalten, daß ihre Häuser in die Luft fliegen würden, wenn Sacco und Banzetti gemordet werden. Auf die Newyorker Untergrundbahn sind bereits Bombenattentate verübt worden.

Die amerikanische Regierung warnt Ausländer, sich an den Protestkundgebungen für die Rettung Saccos und Banzettis zu beteiligen, da sie sonst des Landes verwiesen werden.

Wegen der Juli-Demonstration wurde das Strafverfahren gegen 600 Personen eingeleitet, 250 wurden dem Landesgerichte eingeliefert.

Vom Bahnan Feilbach-Gleichenberg fanden sich am 6. 8. vor Abgang des Schnellzuges 238 nach Graz 27 Arbeiter ein und ersuchten den Fahrdirigenten um die Bewilligung mitfahren zu dürfen. Da sie wegen einer Verspätung des vom Lager Feilbach zum Bahnhof verkehrenden Arbeiterzuges den Personenzug nicht mehr erreichen konnten. Ihr Ansuchen wurde abgewiesen. Die Arbeiter, deren freie Zeit sehr knapp bemessen ist, fliegen trotzdem ein, was aber unter den Fahrgästen des Schnellzuges große Entrüstung hervorrief. Diese hatten sicherlich Angst, sich an den Arbeitskleidern der Proleten zu beschmutzen.

Der Oberbunze der Grazer Christen-Schifflein, Pavlikowsky, fordert diese auf, ihn am 15. August nach Maria-Zell zu begleiten. Ob er den Arbeitslosen am Ende gar die Fahrt bezahlen würde?

Das Radio wollen sie auch rammen. Kardinal Bissi schreibt: „Die christliche Bevölkerung darf sich ein Verständigungsmittel wie das Radio nicht entgleiten lassen und muß veruchen, den Mundspruch in Bahnen zu lenken, die zum Heile der Menschheit auslaufen“. — An das Heil, das für die Menschheit von der katholischen Kirche und ihren Dienern ausgeht, hat unter Seipel wohl jeder Arbeiter bereits zur Genüge glauben müssen.

In den letzten Errungenschaften der demokratischen Republik zählt, außer dem Verbot des Schulbunbauaufmarsches in Graz, auch das Verbot einer sozialdemokratischen Festversammlung in Bregenz, die sonst alljährlich anlässlich der Zusammenkunft der Sozialdemokraten aller Bodenseestaaten stattgefunden hat.

Die Tuberkulosensterblichkeit ist in Italien laut staatlicher Statistik von 52.000 auf 59.000 Tote gestiegen und die Geburtenziffer ist gewaltig gesunken. Die Ursache ist die schlechte wirtschaftliche Lage des Proletariats unter dem Faschismus. Die Löhne und Gehälter sind die niedrigsten von Europa. Das sagt genug.

Wegen der Hingschrift „An die Arbeiterschaft von Graz“, die wir gelegentlich der Juli-Demonstration verfassten, wurde Genosse Vineill zu 20 Schilling Geldstrafe oder 48 Stunden Arrest verurteilt. Da er als Arbeitsloser über keine 20 Schilling verfügt, wird Genosse Vineill die 24zige Sommerfrische im Paulustor antreten müssen.

Die Fortsetzung des Romanes „Potemkin“ folgt wegen Raummangel in der nächsten Nummer.